

**XXII. GP-NR****450 /A (E)****2004 -09- 2 2****ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

der Abgeordneten Dr. Jarolim, Mag. Gisela Wurm  
und GenossInnen

betreffend eine dringend erforderliche Weiterentwicklung der Kriminaljustizstatistik

Eine erfolgreiche Kriminalpolitik und Strafrechtspolitik liegt sehr im Interesse der BürgerInnen, da eine solche mit dazu beitragen kann, die Sicherheit in unserem Land zu erhöhen und die Kriminalitätsraten zu senken. Eine vorausschauende erfolgreiche Kriminalpolitik ist aber nur dann möglich, wenn sie sich auf gesicherten wissenschaftlichen und sachlichen Grundlagen bewegt. Auf Basis dieser Grundlagen und der gesellschaftlichen Entwicklungen soll in einem Dialog zwischen Wissenschaft, Fachleuten, Politik und Bevölkerung die Kriminalpolitik entwickelt werden, welche bestmöglich bereits dem Entstehen von Kriminalität entgegenwirkt bzw. wirksam vor Kriminalität schützt.

Die Ressourcen im Bereich der Justiz und für die Kriminalitätsbekämpfung im allgemeinen sind derzeit eindeutig zu gering und sollten erhöht werden. Aber auch bei einer entsprechenden Erhöhung dieser Mittel sollte ein vernünftiges Ressourcenmanagement erfolgen und deshalb scheint es von Bedeutung, ausreichend geeignetes Datenmaterial bei der Entwicklung einer erfolgreichen Kriminalpolitik zur Verfügung zu haben, um einen möglichst effektiven und effizienten Einsatz von Mitteln zu gewährleisten. Es muss aber mit Sorge festgestellt werden, dass die gegenwärtig verfügbare Kriminaljustizstatistik den genannten Anforderungen nicht entspricht und eine Reform der Kriminaljustizstatistik erforderlich scheint. Es gibt im Bereich der Kriminaljustizstatistik erhebliche datenorganisatorische Defizite, einen Datenwildwuchs von verschiedenen Stellen im Bereich des Bundesministeriums für Justiz bzw. des Bundesministeriums für Inneres, wobei die Daten nicht aufeinander abgestimmt sind und nicht konzeptionell koordiniert werden können.

Folgende Problemfelder seien hier beispielhaft aufgezählt:

- Die bisherige „Rückfallstatistik“ der Statistik Austria ist vor einiger Zeit überhaupt eingestellt worden.
- Selbst bei einer Wiedereinführung einer hoffentlich verbesserten Rückfallstatistik bliebe das Problem, dass mit der (durchaus zu begrüßenden) Einführung der Diversion die Notwendigkeit besteht, das statistische Material auch in dieser Hinsicht zu adaptieren. Es müsste demnach die „Diversionsstatistik“ und die „gerichtliche Kriminalstatistik“ zu einer „Statistik justizieller Erledigungen“ zusammengeführt werden.
- Die Strafverfolgung als Prozess, der sich über verschiedene Verfahrensstadien hinwegzieht, ist derzeit kaum erfasst (polizeiliche Verfolgung, gerichtliche Verfolgung, staatsanwaltliche Untersuchung, gerichtliche Verhandlung, Verurteilung, Strafverbüßung, allfällige Wiederverurteilung, Tilgung).
- Um die tatsächliche Brauchbarkeit statistischer Daten zu erhöhen, wäre im Rahmen einer neuen gerichtlichen Kriminalstatistik eine regionale Differenzierung auch unterhalb des OLG-Sprengels (wenn möglich nach Bezirksgerichten gegliedert) sinnvoll.
- Die Vorgaben des Datenschutzes sollten selbstverständlich eingehalten werden, aber unter der Einhaltung dieser Voraussetzungen soll eine Rückfallstatistik möglichst weitgehend (zumindest von der justiziellen Entscheidung bis zur allfälligen neuen Straftat) erfolgen.
- Um einen guten Überblick über alle Verfahrensstadien zu haben, wäre auch eine Neugestaltung der Strafvollzugsstatistik von hohem Interesse.
- Um die kriminalpräventive Wirkung des strafrechtlichen Mitteleinsatzes bestmöglich evaluieren zu können, sollen die Instrumente justiziellen Handelns besser dokumentiert werden, insbesondere die Relation von Ressourceneinsatz, Kosten und Erfolg empirisch analysiert werden.
- Ohne Beeinträchtigung der Unabhängigkeit der Justiz sollte es möglich sein, nicht nur den einzelnen Akteur der Justiz sondern ganze Gerichtseinheiten oder größere Gerichtssprengel statistisch im Hinblick auf Kontrolle von Resultaten zu erfassen.

- Beim jährlich dem Nationalrat zu erstattende Sicherheitsbericht der Bundesregierung, welcher dadurch gekennzeichnet ist, dass der Polizeiteil und der Justizteil nicht integriert und aufeinander abgestimmt sind, soll künftig eine derartige Integration herbeigeführt werden.

Ein Ziel der Neustrukturierung der Kriminaljustizstatistik wäre demnach, die Diversionsstatistik, die gerichtliche Kriminalstatistik und die Rückfallstatistik zusammenzuführen, wobei bereits vorher die Qualität der verschiedenen Datensammlungen überprüft werden sollte.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

### Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesministerin für Justiz wird ersucht,

im Interesse der Sicherheit für unsere BürgerInnen und der bestmöglichen Bekämpfung der Kriminalität

und eingedenk der Tatsache, dass eine vorausschauende, erfolgreiche Kriminalpolitik nur möglich ist, wenn sie sich auf gesicherten, sachlichen und wissenschaftlichen Grundlagen bewegt,

eine grundlegende Weiterentwicklung der Kriminaljustizstatistik einzuleiten und fortzusetzen, wobei dabei insbesondere

die Diversionsstatistik, die gerichtliche Kriminalstatistik und die Rückfallstatistik zusammengeführt werden sollen, wobei am Beginn dieser Arbeiten die Qualität der verschiedenen Datensammlungen überprüft werden soll, sowie

Gespräche mit dem Bundesminister für Inneres aufzunehmen, mit dem Ziel beim jährlichen Sicherheitsbericht der Bundesregierung darauf hinzuwirken, den Polizei- und Justizteil besser zu integrieren und aufeinander abzustimmen.



Zuweisungsvorschlag: Justizausschuss

